2/I/2024

Beschluss

angenommen

Zwangsarbeit in der NS-Zeit als Thema in der politischen Bildungsarbeit stärken

Die systematische Entrechtung und Ausbeutung von Zwangsarbeiter*innen durch das nationalsozialistische Regime war ein wesentlicher Bestandteil für den Erhalt der deutschen Kriegswirtschaft. Allein in München profitieren Unternehmen, Betriebe und Privatpersonen von der Arbeitskraft von 150.000 Zwangsarbeiter*innen. Insgesamt wurden im damaligen Deutschen Reich 13,5 Millionen Menschen als Zwangsarbeiter*innen eingesetzt. Mehr als ein Drittel von ihnen waren Frauen. Das System der Zwangsarbeit ging einher mit der systematischen Entrechtung der Menschen durch das nationalsozialistische Regime. Die Menschen waren in überfüllten und ungeheizten Baracken untergebracht. Die harte Arbeit wurde nicht oder nur schlecht entlohnt und die Zwangsarbeiter*innen litten an Mangelernährung. An Industriestandorten waren die Menschen den Bombenangriffen schutzlos ausgeliefert. Die Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter*innen waren je nach Nation, rechtlichem Status und Geschlecht unterschiedlich. Die Grundlage dafür war das rassistische Menschenbild des nationalsozialistischen Regimes. Im Besonderen litten Jüd*innen, Sinti*zze und Rom*nja sowie sogenannte „Ostarbeiter*innen“, die aus der damaligen Sowjetunion und Polen kamen. Ein Großteil der Zwangsarbeiter*innen wurde dezentral in Sammelunterkünften in der Nähe ihres Arbeitsortes untergebracht. Im Deutschen Reich waren es über 30.000 Unterkünfte, von denen nur noch wenige erhalten sind. Dem Engagement lokaler Initiativen ist es zu verdanken, dass die noch bekannten Orte - wie zum Beispiel der Erinnerungsort an das ehemalige Zwangsarbeiter*innenlager in Neuaubing- nicht in Vergessenheit geraten sind. Das Thema Zwangsarbeit wurde von deutschen Regierungen und Unternehmen lange Zeit verharmlost. Bis heute ist die Zwangsarbeit nicht als spezifisches NS-Unrecht anerkannt. In der Schule spielt dieses Thema bisher keine Rolle. Die Erinnerung an die Zwangsarbeit in der NS-Zeit kann jedoch in der politischen Bildungsarbeit dazu genutzt werden, um die Bedeutung von wichtigen Menschen - und Arbeitsrechten für eine Demokratie zu vermitteln. Damit kann auch das Bewusstsein für ausbeuterische und prekäre Arbeitsverhältnisse in modernen kapitalistischen Gesellschaften gestärkt werden. Gerade heute, angesichts des Erstarkens rechten Gedankenguts, ist es wichtig, sich vor Augen zu führen, wohin Intoleranz und Rassismus führen. Es ist wichtig, ein Bewusstsein für die Gesamtheit der Verbrechen des Nationalsozialismus zu schaffen, hierbei kommt etwa den Schulen eine bedeutende Rolle zu.

Aus diesen Gründen fordern wir Jusos:

- Die verbliebenen Erinnerungsorte an die Zwangsarbeit im Nationalsozialismus sollen erhalten, gefördert und für die politische Bildungsarbeit zugänglich gemacht werden.

- Lokalen Initiativen, die sich für den Erhalt von Erinnerungsorten an Zwangsarbeit einsetzen, müssen finanziell gefördert werden.

- Das Thema Zwangsarbeit im Nationalsozialismus soll als zusätzliches, eigenständiges Thema in die Lehrpläne der Schulen aufgenommen und Besuche von Schulklassen an lokalen Erinnerungsorten ermöglicht werden.

Überweisen an

Bezirksparteitag, Landesparteitag